

Geheime Verschlusssache!

GVS-Nr.: A 614 551

2. Ausfertigung = 35. Blatt

75

A u s f ü h r u n g e n

des Mitglieds des Politbüros des ZK der SED und
Minister für Nationale Verteidigung,
Genossen Armeegeneral K e s l e r ,

auf der Beratung zur Auswertung der 23. Sitzung
des Komitees der Verteidigungsminister der
Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages
in SOFIA am 17. 12. 1988

Donnerstag, den 05. 01. 1989

Geheime Verschlussache!

GVS-Nr.: A 614 551 ... Ausf. Bl. 2

Genossen Generale!

Genosse Admiral!

Ich begrüße Sie zu der heutigen Beratung.

Ihr Anliegen besteht - wie Ihnen bereits schriftlich übermittelt wurde - darin, Sie

mit den Ergebnissen der am 17. Dezember in SOFIA durchgeführten 23. Sitzung des Komitees der Verteidigungsminister der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages vertraut zu machen und

die sich daraus für uns, das heißt

- . das Ministerium für Nationale Verteidigung sowie
 - . die Teilstreitkräfte und die Grenztruppen der DDR,
- ergebenden konkreten Aufgaben zu beraten.

Vieles von dem, was Ihnen heute dargelegt wird, unterliegt der strengsten Geheimhaltung.

Deshalb erwarte ich von allen hier anwesenden Genossen, daß dies bei der weiteren Arbeit allseitig Berücksichtigung findet.

Geheime Verschlussache!

GVS-Nr.: A 614 551 ... Ausf. Bl. 3

Was den Ablauf unserer heutigen Zusammenkunft anbelangt, so werde ich zunächst einige grundsätzliche Ausführungen

- zu den Ergebnissen der Komiteesitzung sowie
- zu den damit im Zusammenhang stehenden weiteren Aufgaben des Ministeriums für Nationale Verteidigung, der Teilstreitkräfte und der Grenztruppen der DDR in Umsetzung unserer Verteidigungsdoktrin

machen.

Danach werden wir Ihnen anhand von speziell vorbereiteten Schemata die einzelnen Fragen näher erläutern.

Dabei haben Sie die Möglichkeit, Fragen zu stellen bzw. zu den einzelnen Problemen Ihre Meinung zu äußern.

Soweit einige einleitende Bemerkungen.

Ich komme damit zum ersten Schwerpunkt, zu den Ergebnissen der 23. Sitzung des Komitees der Verteidigungsminister der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages in SOFIA.

Genossen!

Wie Sie wissen, haben sich vor allem dank der Anstrengungen der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages und ihrer konstruktiven Abrüstungsinitiativen in der internationalen Lage positive Veränderungen vollzogen, konnte die Gefahr eines Krieges zurückgedrängt werden.

Die Kräfte des Friedens und des Dialogs haben in den letzten Wochen und Monaten weiter an Einfluß gewonnen.

Den Kräften der Konfrontation fällt es zunehmend schwerer, den Abrüstungsprozeß aufzuhalten und die Hochrüstung unter dem Vorwand der Bedrohung aus dem Osten fortzusetzen.

Auf der 7. Tagung des Zentralkomitees unserer Partei konnte deshalb eingeschätzt werden, daß eine Wende von der Konfrontation zur Entspannung im Gange ist.

In seiner Neujahrsansprache unterstrich der Generalsekretär des Zentralkomitees der SED und Vorsitzende des Staatsrates der DDR, Genosse Erich H o n e c k e r , daß die DDR auch in Zukunft an ihrer konstruktiven Politik des Dialogs und der Zusammenarbeit festhalten wird, um die Gefahr einer atomaren Vernichtung der Menschheit zu bannen und die konventionellen Streitkräfte und Rüstungen radikal zu vermindern.

Die strategische Linie der Politik der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages und nicht zuletzt die aktiven Bemühungen der Partei- und Staatsführung unserer Republik richten sich also weiterhin auf

- die Verhinderung eines Krieges,

- die Eirstellung des nuklearen und konventionellen Wettrüstens und
- den Übergang zu einem kontinuierlichen Abrüstungsprozess im Interesse der Sicherheit aller Staaten.

Die vom Genossen G o r b a t s c h o w in Abstimmung mit den Partei- und Staatsführungen der anderen Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages vor der UNO bekanntgegebene einseitige Reduzierung der sowjetischen Streitkräfte um

- insgesamt 500.000 Mann und
- im europäischen Teil der Sowjetunion und auf den Territorien der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages um
 - . 10.000 Panzer,
 - . 8.500 Artilleriesysteme und
 - . 800 Kampfflugzeuge

zeigt, daß wir alle, aber auch alle Möglichkeiten ausschöpfen und auch in Zukunft ausschöpfen werden, um

- den Abrüstungsprozess weiter voranzubringen,
- keinen Stillstand zuzulassen und
- ihn auf den konventionellen Bereich auszudehnen.

Nur so können wir verhindern, daß wir auf den Weg

- der Konfrontation,
- des Wettrüstens und damit
- wachsender Kriegsgefahr

zurückgedrängt werden.

Auf einen Weg also, der letztlich all das in Frage stellen würde, was die Menschheit bisher geschaffen hat und konkret, was wir in unserer Republik beim Aufbau des Sozialismus erreicht haben.

Wie nicht zuletzt

- die Ergebnisse der jüngsten Tagungen der obersten Führungsorgane der NATO und
- die widersprüchliche Reaktion der NATO auf die neue weltreichende Friedensinitiative der Sowjetunion

erneut bestätigen, ist unsere strategische Linie nur im harten Klassenkampf durchzusetzen.

Jeder Schritt in Richtung gemeinsamer Sicherheit, jede beiderseitige Verringerung der Fähigkeit der Streitkräfte zur offensiven Kriegführung muß gegen den Widerstand der entspannungsfeindlichen Kräfte erzwungen werden.

Es kann deshalb nicht oft genug gesagt werden, daß unsere Friedenspolitik, die erfolgreiche Durchsetzung des gemeinsam beschlossenen Friedensprogramms, stabile politische und ökonomische Verhältnisse in den Bruderstaaten und nicht zuletzt ihren zuverlässigen militärischen Schutz voraussetzt.

In diesen Zusammenhang eingeordnet ist auch die 23. Sitzung des Komitees der Verteidigungsminister der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages zu sehen, die in Erfüllung der Beschlüsse der jüngsten Tagungen des Politischen Beratenden Ausschusses der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages in BUDAPEST, BERLIN und WARSCHAU durchgeführt wurde.

Geheime Verschlussache!

GVS-Nr.: A 614 551 ... Ausf. Bl. 7

Es war in diesem Jahr bereits die dritte Zusammenkunft der Mitglieder des Komitees.

Im Mittelpunkt der Beratung in SOFIA standen zwei Probleme:

1. Die Vorbereitung der Veröffentlichung von Zahlenangaben über die konventionellen Streitkräfte und Rüstungen des Warschauer Vertrages und der NATO sowie die abschließende Abstimmung einer dazu erarbeiteten Erklärung und
2. mögliche organisatorische Veränderungen im Bestand der nationalen Streitkräfte der Länder des Warschauer Vertrages, um im Verlaufe der nächsten zwei bis drei Jahre ihren Verteidigungscharakter noch stärker auszuprägen.

Zu beiden Problemkreisen fand eine Woche vor der Komiteesitzung in MOSKAU eine vorbereitende Beratung der Chefs der Generalstäbe der verbündeten Armeen statt, so daß die für die Sitzung erarbeiteten Beschlusentwürfe bereits weitestgehend die Auffassungen und Vorschläge aller Bruderstaaten berücksichtigten.

Genossen!

Worum ging es nun im einzelnen bei der Problematik der Veröffentlichung von Zahlenangaben über den Warschauer Vertrag und die NATO?

Wie Sie wissen, wurde in letzter Zeit durch die Staaten des Warschauer Vertrages mehrfach die Bereitschaft bekundet, mit den Ländern der NATO in einen Dialog über den Austausch von Daten zu treten, die das Kräfteverhältnis zwischen beiden militärpolitischen Bündnissen in Europa charakterisieren, um auf dieser Grundlage zu substantiellen Reduzierungen der Streitkräfte und Rüstungen auf ein möglichst niedriges Niveau zu kommen.

So wurde unsererseits im März dieses Jahres ein offizieller Austausch von Zahlenangaben angeregt.

Die Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages in WARSCHAU erneuerte im Juli diesen Vorschlag.

Unsere grundsätzliche Haltung zu dieser Problematik habe ich in dem Interview für die Hamburger Wochenzeitung "DIE ZEIT" dargelegt, das Anfang Oktober im "NEUEN DEUTSCHLAND" unter der Überschrift "Karten auf den Tisch und anfangen" wiedergegeben wurde.

Die unsererseits in dieser Richtung unternommenen Initiativen fanden jedoch seitens der NATO-Staaten keine Unterstützung.

Man vertrat uns gegenüber die Auffassung, daß ein solcher Schritt erneut in eine unfruchtbare Zahlendiskussion führen und den Beginn der Verhandlungen in WIEN über die Reduzierung der konventionellen Streitkräfte und Rüstungen in Europa erschweren könnte.

Unter Berücksichtigung dieser Haltung der NATO wurde auf der im Oktober in PRAG durchgeführten Sitzung des Komitees der Verteidigungsminister entschieden, von einer einseitigen Bekanntgabe der entsprechenden Zahlenangaben vorerst Abstand zu nehmen.

Mit den Anfang Dezember 1988 von der NATO einseitig veröffentlichten Angaben über die Streitkräfte und Rüstungen der NATO und des Warschauer Vertrages in Europa war jedoch eine neue Lage entstanden.

Eine erste Analyse dieses Zahlenvergleichs zeigte, daß

- solche Zählkriterien gewählt wurden, mit denen die These von einer erdrückenden konventionellen Überlegenheit des Warschauer Vertrages gestützt werden soll und
- praktisch alle Komponenten ausgeklammert wurden, wie zum Beispiel die Angriffsfliegerkräfte und die Seestreitkräfte, bei denen ein deutliches Übergewicht auf Seiten der NATO besteht.

Offensichtlich ging es der NATO also mit dieser Veröffentlichung vor allem darum,

- dem wachsenden Einfluß unserer konstruktiven Friedenspolitik auf die öffentliche Meinung entgegenzuwirken und
- weitere Aufrüstungsmaßnahmen vor der eigenen Bevölkerung zu rechtfertigen.

In Abstimmung mit den Partei- und Staatsführungen der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages schlugen deshalb die sowjetischen Genossen vor, schnellstmöglich die von den Verteidigungsministerien der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages im Verlaufe der letzten beiden Jahre erarbeiteten und abgestimmten Angaben abschließend zu präzisieren und für die Veröffentlichung vorzubereiten.

Diese Veröffentlichung hat im wesentlichen folgende Zielstellung:

E r s t e n s soll der Weltöffentlichkeit ein reales Bild von dem in Europa entstandenen militärischen Kräfteverhältnis zwischen Warschauer Vertrag und NATO vermittelt werden.

Es geht also in gewissem Sinne um eine Richtigstellung der von der NATO bisher veröffentlichten manipulierten Angaben über die Streitkräfte und Rüstungen beider Seiten.

Z w e i t e n s bildet die Offenlegung der Angaben über unsere Streitkräfte und ihre Hauptbewaffnung eine weitere vertrauensbildende Maßnahme der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages und entzieht jeglichen Spekulationen und Zweifeln bezüglich unserer ehrlichen Bemühungen um beiderseitige akzeptable Abrüstungsschritte den Boden.

D r i t t e n s werden damit günstigere Bedingungen für die Aufnahme der Verhandlungen in Wien über die Reduzierung der Streitkräfte und Rüstungen des Warschauer Vertrages und der NATO und für den Abbau der bestehenden Asymmetrien geschaffen.

Dabei sind wir uns darüber im klaren, daß die von uns bekanntgegebenen Daten nicht in vollem Umfang als Ausgangsangaben für diese Verhandlungen Berücksichtigung finden werden.

Die Komiteesitzung in SOFIA beschloß deshalb eine entsprechende Erklärung der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages

„zum Verhältnis der zahlenmäßigen Stärke der Streitkräfte und Rüstungen der Organisation des Warschauer Vertrages und des Nordatlantischen Bündnisses in Europa und den angrenzenden Seegebieten“.

Sie soll noch in diesem Monat, voraussichtlich am 20. Januar, gleichzeitig in allen Hauptstädten der Bruderstaaten veröffentlicht werden.

In dieser Erklärung heißt es unter anderem, daß eine radikale Verringerung des gegenwärtigen hohen Niveaus der Streitkräfte und Rüstungen in Europa erforderlich ist, um eine dem Prinzip der vernünftigen Hinlänglichkeit für die Verteidigung entsprechende Stabilität zu gewährleisten.

Konkret heißt das für uns, einen solchen Stand von Kampfkraft und Gefechtsbereitschaft der Vereinten Streitkräfte zu sichern, daß sich der Gegner in einem gegen uns geführten Krieg keinerlei Hoffnungen auf einen Erfolg hingeben kann, seine Aggression an der Staatsgrenze abgewehrt und sie mit einem vernichtenden Gegen-schlag beantwortet wird.

Was und wieviel hinlänglich ist, wird also nicht einseitig durch uns, sondern in erster Linie von den politischen Zielen und den praktischen Kriegsvorbereitungen der NATO, von der Notwendigkeit bestimmt, das militärstrategische Gleichgewicht zu erhalten und eine militärische Überlegenheit des Imperialismus nicht zuzulassen.

Im Ergebnis einer grundsätzlichen Analyse der sich herausgebildeten Asymmetrien wird das militärische Kräfteverhältnis in Europa unter Berücksichtigung aller seiner Komponenten als annähernde Parität charakterisiert, die keiner Seite die Möglichkeit bietet, sich einen entscheidenden militärischen Vorteil auszurechnen.

Diese Einschätzung wird durch umfangreiche Zahlenangaben belegt, die der Erklärung in Tabellenform beigelegt sind.

Im Unterschied zu dem bereits genannten NATO-Streitkräftevergleich, der sich nur auf das unmittelbar in Europa konzentrierte Militärpotential beschränkt, werden dabei die an Europa angrenzenden Seegebiete mit einbezogen, um - wie es in der Erklärung heißt - das Gesamtbild der Militärpotentiale zu zeigen.

Geheime Verschlussache!

GVS-Nr.: A 614 551 ... Ausf. Bl. 12

Die Angaben beziehen sich sowohl

- insgesamt auf die Streitkräfte des Warschauer Vertrages und der NATO als auch
- auf die einzelnen nationalen Armeen, also auch die Nationale Volksarmee.

Genosse Generaloberst S t r e l e t z wird Sie an Hand der vorbereiteten Schematas noch näher mit diesen Angaben vertraut machen.

Entsprechend einem Beschluß des Politbüros des Zentralkomitees der SED und der Aufgabenstellung des Generalsekretärs des ZK der SED und Vorsitzenden des Nationalen Verteidigungsrates der DDR, Genossen Erich H o n e c k e r, ist die Veröffentlichung der Erklärung propagandistisch und agitatorisch gründlich vorzubereiten, um sie allseitig für die politisch-ideologische Arbeit zu nutzen.

Durch die Politische Hauptverwaltung der NVA wurden in Zusammenarbeit mit den zuständigen Abteilungen des Zentralkomitees und des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten die erforderlichen Maßnahmen in Angriff genommen.

In diesem Zusammenhang wurden bzw. werden u. a. vorbereitet:

1. Die Übergabe der Erklärung mit den dazu gehörenden zahlenmäßigen Übersichten an die 1. Sekretäre der Bezirksleitungen der SED sowie bei uns an die Mitglieder des Kollegiums etwa 4 Tage vor Veröffentlichung des Dokuments.

2. Die Übergabe einer entsprechenden Parteiinformation an die Sekretäre der Grundorganisationen der SED zum gleichen Zeitpunkt.
3. Die Veröffentlichung eines Artikels des Mitglieds des Politbüros des ZK der SED und Ministers für Nationale Verteidigung im "NEUEN DEUTSCHLAND" zu dieser Problematik am Tag der Bekanntgabe der Erklärung sowie eine Reihe weiterer Maßnahmen, mit denen Sie rechtzeitig vertraut gemacht werden.

Soweit einige Bemerkungen zur Problematik der Zahlenveröffentlichung.

Genossen!

Das zweite Problem, das auf der Komiteesitzung zur Beratung stand, waren mögliche organisatorische Veränderungen im Bestand der nationalen Streitkräfte der Länder des Warschauer Vertrages, um im Verlaufe der nächsten zwei bis drei Jahre ihren Verteidigungscharakter noch stärker auszuprägen.

Der Minister für Verteidigung der UdSSR, Genosse Armeegeneral J a s o w , erläuterte in diesem Zusammenhang die von der Sowjetunion vorgesehenen Maßnahmen

- zur Verringerung der sowjetischen Streitkräfte und der Hauptarten ihrer Bewaffnung und Ausrüstung sowie
- zur Vervollkommnung der Organisationsstruktur der Sowjetarmee, die mit dem Ziel erfolgt,
 - . ihre Angriffsfähigkeit zu verringern und
 - . gleichzeitig ihre Möglichkeiten zur Führung aktiver und standhafter Verteidigungshandlungen zu erhöhen.

Dabei betonte er, daß die vom Genossen G o r b a t s c h o w vor der UNO-Vollversammlung bekanntgegebenen weitreichenden Abrüstungsschritte der UdSSR auf einer umfassenden Beurteilung der internationalen Lage, des militärischen Kräfteverhältnisses zwischen Warschauer Vertrag und NATO sowie aller anderen damit verknüpften Aspekte beruhen.

Die sowjetische Führung sei zu der Schlußfolgerung gelangt, daß bestimmte einseitige Maßnahmen zur Reduzierung der Streitkräfte der UdSSR und der Streitkräfte der anderen Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages möglich seien, ohne die Sicherheit unserer Verteidigungskoalition zu beeinträchtigen.

Im Zusammenhang mit den Ihnen bekannten Maßnahmen zur Reduzierung der Sowjetarmee informierten uns die sowjetischen Genossen über folgende Einzelheiten:

Die sowjetischen Streitkräfte in Europa werden um insgesamt

- 100.000 Armeeingehörige, davon
 - . 50.000 Mann im europäischen Teil der Sowjetunion und
 - . 50.000 Mann in der Gruppe der sowjetischen Streitkräfte in Deutschland, der Zentralgruppe in der CSSR, der Südgruppe in UNGARN und der Nordgruppe in der VR POLEN

reduziert.

Aus der Gruppe der sowjetischen Streitkräfte in Deutschland sollen dabei bis Ende 1990 abgezogen werden

- vier Panzerdivisionen und über 4.000 Panzer,

- die zentral unterstellte Luftsturmbrigade sowie die fünf Luftsturmbataillone der Armeen,
- ein Aufklärungsfliegergeschwader,
- eine Fla-Raketenbrigade der Truppenluftabwehr sowie
- ein Großteil der Ausbildungstruppenteile und -einrichtungen.

Die sechs selbständigen Panzerregimenter im Bestand der Deckungstruppen werden zu fünf selbständigen mot. Schützenregimentern umstrukturiert.

Im Ergebnis dieser Maßnahmen wird sich die Anzahl der Divisionen von derzeit

- 19 Divisionen, das heißt
 - . 11 Panzerdivisionen und
 - . 8 mot. Schützendivisionen

auf

- 15 Divisionen, das heißt
 - . 7 Panzerdivisionen und
 - . 8 mot. Schützendivisionen

verringern.

Die Gliederung und Ausrüstung dieser verbleibenden 15 Divisionen wird gleichzeitig entsprechend ihren Verteidigungsaufgaben im Bestand der 1. operativen Staffel der Vereinten Streitkräfte verändert.

Geheime Verschlussache!

GVS-lir.: A 614 551 ... Ausf. Bl. 16

Die Panzerdivision wird sich in je

- zwei Panzerregimenter und
- zwei mot. Schützenregimenter

gliedern.

Ihre Personalstärke wird sich um etwa 2.600 Mann erhöhen.

Die mot. Schützendivision wird künftig aus vier mot. Schützenregimentern bestehen und um ca. 3.000 Mann stärker sein als bisher.

Daraus ist ersichtlich, daß in der Gruppe der sowjetischen Streitkräfte in Deutschland größere Veränderungen in der Struktur und damit auch in der Dislozierung vor sich gehen werden.

Die Genossen des Hauptstabes unterhalten mit der Gruppe der sowjetischen Streitkräfte in Deutschland engen Kontakt, um alle sich daraus ergebenden Aufgaben rechtzeitig abzustimmen.

Genossen!

Ich komme damit zu einigen Aufgaben, die sich für das Ministerium für Nationale Verteidigung und die Teilstreitkräfte aus dem Beschluß der Komiteesitzung ergeben, in den nächsten zwei bis drei Jahren den Verteidigungscharakter der Vereinten Streitkräfte noch stärker auszuprägen und dazu bestimmte strukturelle Veränderungen vorzunehmen.

Die dargelegten Veränderungen in der Gruppe der sowjetischen Streitkräfte in Deutschland haben natürlich auch für uns Konsequenzen.

Insbesondere wird es erforderlich sein, die Struktur der Verbände unserer Landstreitkräfte soweit wie möglich der Gruppe der sowjetischen Streitkräfte in Deutschland anzugleichen und in Übereinstimmung mit unserer Militärdoktrin ihre Möglichkeiten zur Führung aktiver Verteidigungshandlungen bei gleichzeitiger Verringerung ihrer Angriffsfähigkeit zu erhöhen.

Natürlich sind uns dabei, insbesondere in personeller Hinsicht, bestimmte Grenzen gesetzt.

Seit sechs Wochen ist eine Arbeitsgruppe leitender Generale des Ministeriums tätig, um die in diesem Zusammenhang stehenden Probleme zu untersuchen und entsprechende Vorschläge für die Nationale Volksarmee zu erarbeiten.

Was kann dazu hier gesagt werden?

Genossen!

Grundsätzlich gehen wir davon aus, daß bei den Landstreitkräften die sechs Verbände bestehen bleiben.

In den mot. Schützendivisionen der ständigen Bereitschaft werden die Panzerregimenter aufgelöst und dafür jeweils ein viertes mot. Schützenregiment geschaffen.

Darüber hinaus sollten in diesen Divisionen

- die Artillerieeinheiten neu strukturiert
- die Panzerabwehr- und Fliegerabwehrmöglichkeiten erweitert
- die Möglichkeiten der allgemeinen Pioniertruppen für den Sperr- und Stellungsbau verstärkt und
- die Truppen der Gefechtssicherstellung und Sicherstellungstruppen den veränderten Bedingungen angepaßt

werden.

In den Panzerdivisionen wird ebenfalls ein Panzerregiment aufgelöst und dafür ein zweites mot. Schützenregiment geschaffen.

Bei den anderen Truppenteilen, Einheiten und Einrichtungen sollen analoge Veränderungen wie in den mot. Schützendivisionen vorgenommen werden.

Natürlich bringen diese vorgesehenen Umstrukturierungen viele Probleme mit sich, die nur schrittweise, entsprechend unseren realen Möglichkeiten, gelöst werden können.

Gestattet mir, das nur an einem Beispiel zu erläutern.

Allein die Umwandlung von 6 Panzerregimentern in 6 mot. Schützenregimenter bringt unterkunftsmäßig folgende Schwierigkeiten mit sich:

Ein Panzerregiment hat gegenwärtig ca. 900 Mann, während ein zu schaffendes mot. Schützenregiment eine Stärke von etwa 1 500 Mann haben wird.

Geheime Verschlussache!

GVS-Nr.: A 614 551 ... Ausf. Bl. 19

Daraus ergibt sich die Notwendigkeit des Baus jeweils eines neuen Unterkunftsblockes für ca. 600 Mann sowie der Erweiterung der Speisesäle, des Wohnungsfonds und weiterer Maßnahmen zur Gewährleistung der erforderlichen Dienst-, Arbeits- und Lebensbedingungen in den entsprechenden Standorten.

Für die Armeekomplekte gibt es folgende Vorstellungen:

- Erhöhung der Einsatzmöglichkeiten der Armeefliegerkräfte
- Erhöhung der Aufklärungsmöglichkeiten
- Verstärkung der Panzerabwehr
- Umprofilierung der Pioniertruppen
- Zusammenfassung der Kräfte und Mittel des chemischen Dienstes.

Mit unserer gemeinsamen Verteidigungsdoktrin und der neuen operativen Planung der Nationalen Volksarmee sind auch bei den Luftstreitkräften/Luftverteidigung neue Überlegungen erforderlich.

Dabei gilt es, insbesondere solche Fragen zu berücksichtigen, wie

- Welche Aufgaben müssen durch wen zu Beginn eines Krieges gelöst werden?
- Wer führt welche Kräfte und Mittel und wer organisiert das Zusammenwirken zwischen ihnen?
- Welche Waffengattung hat die Priorität, die Jagdfliegerkräfte oder die Fla-Raketentruppen?

In diesem Zusammenhang wäre es überlegenswert, anstelle von 6 nur 5 Jagdfliegergeschwader zu haben und den Schwerpunkt auf ihre qualitative Ausstattung mit entsprechenden Flugzeugtypen zu legen.

Ein derartiges Herangehen erscheint zweckmäßig, da nach bisherigen Informationen aus der Gruppe der sowjetischen Streitkräfte in Deutschland zwei Jagdbombenfliegergeschwader abgezogen und durch zwei Jagdfliegergeschwader ersetzt werden sollen.

In der Volksmarine sind unter Berücksichtigung der operativen Aufgabenstellung entsprechend unserer Verteidigungsdoktrin die Organisationsstruktur und die Führungsprinzipien weiter den Erfordernissen der Kriegszeit anzunähern.

Dabei sollte eine Umprofilierung der Flottillen durch die Konzentration gleichartiger Schiffskräfte in Betracht gezogen werden.

Zweckmäßig erscheint auch, die Führung der Marinefliegerkräfte im Frieden und im Krieg in Unterstellung des Stellvertreters des Ministers und Chefs der Volksmarine zu gewährleisten.

Ausgehend von der verstärkten Ausrichtung unserer Streitkräfte auf Verteidigungshandlungen, wäre es außerdem überlegenswert, den überwiegenden Teil der Landungsschiffe zu konservieren und nur noch eine geringe Anzahl für Ausbildungszwecke und Versorgungsaufgaben zu nutzen.

Bei den Grenztruppen bedarf die Gestaltung des Führungssystems und des Einsatzes der Kräfte und Mittel vor allem zur Erhöhung der Wirksamkeit der Grenzsicherung einer weiteren Vervollkommnung.

Dazu sind alle Möglichkeiten zur Erhöhung der Dichte der eingesetzten Kräfte und Mittel unmittelbar an der Staatsgrenze zur BRD zu nutzen.

Im Interesse eines engen Zusammenwirkens mit den Landstreitkräften im Falle einer Aggression seitens der NATO erscheint es zweckmäßig, die Anzahl der Panzerabwehrmittel in den Grenzkompanien zu erhöhen.

Die Strukturen der Grenzkommandos Mitte und der Grenzbrigaden zur VR PGLEN und zur CSSR sollten prinzipiell beibehalten werden.

Genossen!

Zu diesen Problemen wird der Leiter der Arbeitsgruppe, Genosse Generalleutnant S t e g e r , anhand vorbereiteter Schemata noch einige Erläuterungen geben.

Genossen!

Wie auf der 7. Tagung des Zentralkomitees der SED durch den Generalsekretär des Zentralkomitees unserer Partei, Genossen Erich H o n e c k e r , hervorgehoben wurde, wird in unserer Republik in allen Bereichen zielstrebig an der Erfüllung der Beschlüsse des XI. Parteitages gearbeitet.

Die Gesamtbilanz ist dabei insgesamt gesehen positiv.

Der Kurs der Hauptaufgabe in der Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik wird konsequent fortgesetzt.

Bei der Fertigstellung einiger wichtiger Investitionsvorhaben sowie auf bestimmten anderen Gebieten, die für die weitere Erfüllung der Hauptaufgabe und die steigenden Exportverpflichtungen unserer Republik eine wichtige Rolle spielen, ist es notwendig, daß wir durch die Bereitstellung personeller Kräfte mithelfen, diese Aufgaben zu erfüllen.

Ausgehend davon, wurde an uns die Bitte herangetragen, im Jahre 1989

10.000 Armeeingehörige

als zusätzliche Arbeitskräfte in diesen volkswirtschaftlichen Schwerpunkten einzusetzen.

Angesichts der zunehmenden politischen Bedeutung der Wirtschaftskraft unserer Republik werden sich sicherlich auch in den kommenden Jahren entsprechende Maßnahmen in dieser Hinsicht erforderlich machen.

Hieraus ergibt sich die Notwendigkeit, eine prinzipielle Lösung dieses Problems zu erreichen, um die mit dem Einsatz von Armeeingehörigen in der Volkswirtschaft verbundenen Einschränkungen für die Kampfkraft und Gefechtsbereitschaft, insbesondere unserer Landstreitkräfte, so gering wie möglich zu halten.

So sind entsprechend der gegenwärtigen Planung fast 30 Truppenteile der Landstreitkräfte vom Einsatz in der Volkswirtschaft betroffen.

Deshalb erscheint es zweckmäßig sechs mot. Schützenregimenter, das heißt aus jeder Division der Landstreitkräfte speziell ein Regiment, für diesen Einsatz vorzusehen.

Diese 6 Truppenteile würden kadriert, aus dem System der ständigen Gefechtsbereitschaft herausgelöst, und ihre Kampftechnik und Bewaffnung konserviert werden.

Gleichzeitig müßten alle erforderlichen Voraussetzungen geschaffen werden, damit sie bei Notwendigkeit kurzfristig wieder ihre Aufgaben als mot. Schützenregimenter entsprechend der operativen Planung erfüllen können.

Für die für den Arbeitseinsatz vorgesehenen Truppenteile müßten also zwei Strukturen bestehen:

1. Die normale Struktur eines mot. Schützenregimentes und
2. eine Struktur, die für den Einsatz in der Volkswirtschaft erforderlich ist und gewährleisten müßte, daß
 - etwa 300 Armeeingehörige sich ständig im Objekt befinden,
 - ca. 1 350 Armeeingehörige ständig für den Einsatz in der Volkswirtschaft zur Verfügung stehen sowie
 - bei Mobilmachung bzw. durch zusätzliche Auffüllung diese Regimenter in der Lage wären, nach 10 bis 12 Stunden mit der Erfüllung der ihnen entsprechend der operativen Planung gestellten Aufgaben zu beginnen.

Die Wehrpflichtigen würden also in diese Truppenteile normal einberufen und nach folgenden möglichen Varianten ausgebildet werden:

Variante 1

- 3 Monate militärische Ausbildung und danach
- etwa 15 Monate Einsatz in der Volkswirtschaft.

Variante 2

- 4 - 6 Wochen militärische Grundausbildung, danach
- ca. 15 Monate Einsatz in der Volkswirtschaft und
- 6 - 8 Wochen militärische Ausbildung vor der Entlassung.

Natürlich müßten dafür spezielle Ausbildungsprogramme erarbeitet werden.

Ein solches Herangehen an die Lösung dieses Problems hätte den Vorteil, daß je Division nur 1 mot. Schützenregiment in der Volkswirtschaft eingesetzt würde und alle anderen Truppenteile die politische und militärische Ausbildung planmäßig durchführen könnten.

Genossen!

Gestatten Sie mir, noch einige Gedanken zur Entwicklungsplanung 1991 bis 1995 darzulegen.

Die Nationale Volksarmee muß künftig in ihrer Gliederung, Bewaffnung und Ausrüstung sowie Ausbildung allseitig den Forderungen der Verteidigungsdoktrin entsprechen.

Ausgehend davon, sollte aus der heutigen Sicht vor allem die Durchsetzung der neuen Struktur der Landstreitkräfte Vorrang haben. Hier sollten auch die vorhandenen Fonds schwerpunktmäßig für die erforderliche Bewaffnung und Ausrüstung und die anderen, mit dem Übergang zu der neuen Struktur verbundenen Maßnahmen eingesetzt werden.

Die personellen, materiellen und finanziellen Größen werden auf keinen Fall über denen des Zeitraumes 1986 bis 1990 liegen.

Im Gegenteil, wir müssen uns darauf einstellen, daß die materiellen und finanziellen Kennziffern für den Fünfjahrzeitraum 1991 bis 1995 niedriger sind und sich die jährlich bereitgestellten Mittel in einer Größenordnung wie im Jahre 1990 bewegen werden.

Im Vordergrund aller unserer Überlegungen muß deshalb immer die qualitative Seite der Durchsetzung der Maßnahmen stehen.

Wir haben uns auch darauf einzustellen, daß die vorgesehene Ausstattung mit der notwendigen Bewaffnung und Ausrüstung, die den Forderungen unserer Verteidigungsdoktrin entsprechen, nur in Etappen, d. h. nicht nur im Verlaufe eines Fünfjahrzeitraumes, realisiert werden kann.

Es kommt also darauf an, die Planung von vornherein darauf auszurichten, daß zu bestimmten Zeitpunkten jeweils die vorgesehenen Vorhaben abgeschlossen und dabei die Struktur unserer Verbände schrittweise auf die Verteidigung ausgerichtet wird.

Darüber hinaus müssen wir bestrebt sein, in der neuen Struktur weniger Berufssoldaten, d. h. Offiziere, Fähnriche und Berufsunteroffiziere, zu haben, um das gegenwärtig ungünstige Verhältnis von Berufssoldaten zu der Anzahl der Soldaten im Grundwehrdienst zu verbessern.

So beträgt das Verhältnis von Berufs- und Zeitsoldaten zu Soldaten im Grundwehrdienst gegenwärtig in Prozent ausgedrückt etwa 64 : 36, davon bei

- | | |
|--|----------|
| - den Landstreitkräften | 60 : 40 |
| - den Luftstreitkräften/Luftverteidigung | 68 : 32 |
| - der Volksmarine | 81 : 19 |
| - den Grenztruppen der DDR | 47 : 53. |

Bedeutend erhöhen wird sich auch die Rolle der Mobilmachung für alle Teilstreitkräfte.

Wir sollten davon ausgehen, daß insbesondere bei den Führungs- und Sicherstellungsorganen das, was in Friedenszeiten nicht unbedingt benötigt wird, auf Mobilmachungsbasis gewährleistet werden muß.

Entsprechend der bisherigen Planung ist vorgesehen, daß z.B. die Friedensstärke der Verbände der Landstreitkräfte etwa 70 bis 80 Prozent der Stärke der Divisionen der GSSD erreichen wird. Ihre volle Auffüllung muß daher als Mobilmachungsergänzung mit einer Mobilmachungszeit von 8 bis 10 Stunden geplant werden.

Mobilmachungszeiten von 24 Stunden sind für die gefechtsbereiten Verbände sowie die Führungsorgane und anderen Einrichtungen nicht mehr akzeptabel.

Die Mobilmachung muß deshalb generell flexibler, beweglicher erfolgen, um den neuen Anforderungen unserer Verteidigungsdoktrin allseitig gerecht zu werden.

Grundlegend verbessert werden muß auch die Ausnutzung des Reservistenpotentials.

Wir werden es uns nicht mehr erlauben können, Reservisten für den Wachdienst und andere vergleichbare Aufgaben einzusetzen. Sie sollten soweit wie möglich nur noch zur Qualifizierung in der Kriegsfunktion einberufen werden.

Damit würden wir auch viele negative Diskussionen und Probleme im Zusammenhang mit dem Reservistenwehrdienst vermeiden.

Mobilmachungsaufgaben und Reservistenausbildung müssen also als eine Einheit gesehen werden und sich gegenseitig ergänzen.

Das alles macht deutlich, daß sich auch die Verantwortung der Wehrkommandos bedeutend erhöhen wird.

Um ihr gerecht zu werden, muß sich die Qualität der Arbeit der Wehrkommandos, d. h. der Arbeit der uniformierten und der zivilen Mitarbeiter, in allen Fragen

- der Einberufung der Wehrpflichtigen,
- der Auswahl der Reservisten zum Wehrdienst und insbesondere
- der Mobilmachungsplanung und der Mobilmachung

generell verbessern.

Genossen!

Lassen Sie mich zusammenfassend nochmals unterstreichen, daß allen unseren Überlegungen die Aufgabenstellung der Partei- und Staatsführung der DDR zugrunde gelegt werden muß, im Falle einer imperialistischen Aggression gemeinsam mit der Gruppe der sowjetischen Streitkräfte in Deutschland das Territorium der DDR an der Staatsgrenze zur BRD hartnäckig zu verteidigen und keine Einbrüche des Aggressors zuzulassen.

Konkret erfordert dies, bei den zu treffenden Maßnahmen unter Berücksichtigung der militärgeographischen Lage der DDR an der Trennlinie zwischen Warschauer Vertrag und NATO von folgenden Gesichtspunkten auszugehen:

1. Die NATO hat in Zentraleuropa, insbesondere auf dem Territorium der Bundesrepublik Deutschland, ihre stärkste Angriffsgruppierung geschaffen, die zunehmend in der Lage ist, ohne längere Vorbereitung zu Kriegshandlungen gegen die Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages Überzuziehen.
2. Alle Entscheidungen müssen die zuverlässige Erfüllung der der Nationalen Volksarmee im Rahmen der operativen Planung der Vereinten Streitkräfte im engen Zusammenwirken mit der Gruppe der sowjetischen Streitkräfte in Deutschland gestellten Aufgaben gewährleisten.
3. Veränderungen können nur im Rahmen der uns von der Partei- und Staatsführung zur Verfügung gestellten personellen, finanziellen und materiellen Fonds erfolgen.

Genossen!

Soweit einige grundsätzliche Ausführungen zu den vor uns stehenden Aufgaben.

Genosse Generaloberst **S t r e l e t z** wird Sie jetzt anhand der vorbereiteten Schemata mit der vorgesehenen Veröffentlichung der Zahlenangaben noch näher vertraut machen.

Danach würden wir in eine Pause von 15 Minuten eintreten und anschließend die Meldung des Leiters der von mir eingesetzten Arbeitsgruppe, Genossen Generalleutnant **S t e g e r**, zu den ins Auge gefaßten Strukturveränderungen hören.

Genossen Generale!

Genosse Admiral!

Gestatten Sie mir, noch ein sehr wichtiges Problem in diesem Kreis anzusprechen und zu beraten.

Wir sind uns sicherlich darüber einig, daß es im Ergebnis der einseitigen Abrüstungsmaßnahmen der Sowjetunion und der von der Sitzung des Komitees der Verteidigungsminister in SOFIA gefaßten Beschlüsse aus politischen Erwägungen notwendig sein wird, auch bei den anderen Armeen der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages, das heißt also auch in der Nationalen Volksarmee, bestimmte Reduzierungen vorzunehmen.

Der Generalsekretär des Zentralkomitees der SED, Genosse Erich H o n e c k e r , hat vorige Woche in seiner bedeutsamen Rede zum 70. Jahrestag der Gründung der KPD nochmals unterstrichen, daß nach der Inkraftsetzung des sowjetisch-amerikanischen Vertrages über die Liquidierung der Raketen mittlerer und kürzerer Reichweite weitere Schritte folgen müssen, um die militärischen Potentiale auf nuklearem wie konventionellem Gebiet radikal zu verringern.

Ausgehend davon erscheint es zweckmäßig, der Partei- und Staatsführung unsererseits einen konkreten Vorschlag hinsichtlich möglicher Reduzierungsmaßnahmen zu unterbreiten und nicht erst eine entsprechende Aufgabenstellung abzuwarten, die sicherlich für uns mit größeren Auflagen verbunden wäre.

Welche ersten Überlegungen gibt es in diesem Zusammenhang?

Um einen politisch wirksamen Beitrag zur konventionellen Abrüstung in Europa zu leisten und vor aller Welt erneut zu dokumentieren, daß

- die DDR ihre Politik des Dialogs und des Abbaus der militärischen Konfrontation zwischen Warschauer Vertrag und NATO konsequent fortsetzt,
- bei uns Wort und Tat übereinstimmen und
- auch die Deutsche Demokratische Republik alle Möglichkeiten ausschöpfen wird, um im Abrüstungsprozeß keine Pause eintreten zu lassen,

sollten aus unserer Sicht folgende Reduzierungen vorgesehen werden:

1. Die Verringerung der Personalstärke der Nationalen Volksarmee um 10 000 Armeeangehörige
2. Die Auflösung von 6 Panzerregimentern sowie
3. Die Verringerung des Gesamtbestandes an Panzern um 600 Gefechtsfahrzeuge.

Genossen!

Die genannten Reduzierungen dürften die gefechtsbereiten Verbände nicht betreffen.

Das notwendige Personal müßte ausschließlich

- im Ministerium für Nationale Verteidigung und in ihm zentral unterstellten Truppen und Einrichtungen

- in den Kommandos der Teilstreitkräfte und ihnen direkt unterstellten Truppen und Einrichtungen sowie
- im Kommando der Grenztruppen der DDR und den Grenzkommandos mit den ihnen unterstellten Truppen und Einrichtungen freigesetzt werden.

Ich unterstreiche nochmals, die Verbände der ständigen Gefechtsbereitschaft dürfen von dieser Maßnahme nicht berührt werden.

Das ein solches Herangehen möglich ist, zeigen uns die sowjetischen Genossen.

Genosse Minister J a s o w informierte während der Komiteesitzung in SOFIA über folgendes:

Auf Beschluß des Verteidigungsrates der UdSSR wurde in der Sowjetarmee und in der Seekriegsflotte bereits vor den angekündigten umfassenden Reduzierungsmaßnahmen der Personalbestand in den zentralen Führungsorganen, Akademien und Lehreinrichtungen erheblich verringert.

So wurde in den letzten beiden Jahren der aktive Bestand von den Militärbezirken über die Führungsorgane der Teilstreitkräfte bis hin zum Ministerium und dem Generalstab um 20 Prozent reduziert.

Die Militärakademien und die anderen zentralen Lehreinrichtungen mußten ebenfalls eine Verringerung des Stammpersonals um 20 Prozent vornehmen.

Im Zeitraum von 1989 bis 1990 soll nunmehr eine nochmalige Reduzierung um 15 Prozent durchgeführt werden.

Damit erfolgt also bis 1990 eine Verringerung des Personalbestandes der genannten Führungsorgane und Einrichtungen um 35 Prozent.

Konkret sieht das so aus, daß schwerpunktmäßig Offiziere, Generale und Admirale in die Reserve versetzt werden, die das 55. bzw. 60. Lebensjahr erreicht haben, und an ihrer Stelle keine Zuversetzungen erfolgen, sondern die neuen Stellenpläne durch Umbesetzungen realisiert werden.

Damit sollen bei diesen Maßnahmen besondere Härten vermieden werden.

Auch die tschechoslowakischen und polnischen Genossen haben in ihren Führungsorganen Reduzierungen von 15 - 20 Prozent vorgenommen.

Genossen!

Wir sind uns völlig darüber im klaren, daß die Verwirklichung dieser Maßnahmen die Verantwortung unserer Streitkräfte beim zuverlässigen militärischen Schutz von Frieden und Sozialismus weiter erhöhen und verstärkte Anstrengungen zur allseitigen Erfüllung des uns vom XI. Parteitag gestellten Klassenauftrages erfordern würde.

Auf der Grundlage meiner Aufgabenstellung wurde durch den Hauptstab ein erster Vorschlag der möglichen Reduzierung von 10 000 Armeeingehörigen erarbeitet, den uns jetzt Genosse Generaloberst **S t r e l e t z** näher erläutern wird.

Abschließende Bemerkungen zur Problematik
struktureller Veränderungen in der Nationalen Volksarmee
und den Grenztruppen der DDR

Genossen Generale!

Genosse Admiral!

Ich möchte nochmals unterstreichen, daß hier durch Genossen Generalleutnant S t e g e r die ersten Vorstellungen der eingesetzten Arbeitsgruppe über die strukturelle Entwicklung der Teilstreitkräfte der Nationalen Volksarmee und der Grenztruppen der DDR dargelegt wurden.

Wir sind uns darüber im klaren, daß das hier Vorgetragene und an den Schemata Erläuterte nur die Grundlage für unsere weitere Arbeit auf diesem Gebiet sein kann.

Sicherlich wird es seitens der Teilstreitkräfte und der Grenztruppen zu den unterbreiteten Vorstellungen noch bestimmte Überlegungen geben, die in diese Arbeit einfließen müßten.

Dafür steht uns jedoch objektiv nur wenig Zeit zur Verfügung. Wir sind gezwungen, diese Arbeiten bis Mitte Januar abzuschließen, um die Entwurfsdokumente als allgemeine Orientierung für die Entwicklung der Teilstreitkräfte und der Grenztruppen fertigzustellen.

Geheime Verschlussache!

GVS-Nr.: A 614 551 ... Ausf. Bl. 34

Ausgehend davon, wäre es zweckmäßig, wenn sich am Montag, dem 09. 01. 1989,

- die Chefs der Stäbe,
- die Stellvertreter für operative Arbeit und
- die Stellvertreter für Organisation

im operativen Ausbildungszentrum des Ministeriums für Nationale Verteidigung einfinden würden, um gemeinsam mit der festgelegten Arbeitsgruppe an der Fertigstellung der Entwurfsdokumente für die Entwicklungsplanung zu arbeiten.

Wir glauben, daß diese Aufgabe bei konzentrierter Arbeit in drei Tagen gelöst werden könnte;

Ich würde deshalb vorschlagen, daß wir uns am Donnerstag, dem 12. 01. 1989, um 14.00 Uhr hier erneut in diesem Kreis zusammenfinden, um die anstehenden Fragen abschließend zu beraten.

Abschließende Bemerkungen zur Problematik
möglicher Reduzierungsmaßnahmen
in der Nationalen Volksarmee und den Grenztruppen der DDR

Genossen Generale!

Genosse Admiral!

Dies wären unsere grundsätzlichen Vorstellungen im Zusammenhang mit den möglichen Reduzierungsmaßnahmen.

Sie müssten spätestens mit Inkrafttreten der neuen Stellenpläne am 01. 12. 1990 realisiert sein.

Das heißt, wir hätten also etwa 2 Jahre Zeit, um diese sicherlich nicht leichte Aufgabe zu lösen.

Was die stabsmäßige Vorbereitung dieser Frage anbetrifft, so wäre es aus meiner Sicht zweckmäßig, diese Problematik in den nächsten 6 - 8 Wochen in den einzelnen Führungskollektiven nochmals gründlich zu beraten und bis Ende Februar die Vorstellungen zur Umsetzung der dargelegten Überlegungen zu erarbeiten.

Davon ausgehend, würde ich Sie bitten, mir Ihre konkreten Vorschläge, wie die gestellte Aufgabe in dem jeweiligen Verantwortungsbereich gelöst werden soll, bis zum 10. März 1989 über Genossen Generaloberst S t r e i e t z vorzulegen.

Ich möchte nochmals darauf hinweisen, daß diese Problematik strengster Geheimhaltung unterliegt, und erwarte, daß dies bei den durchzuführenden Arbeiten allseitige Berücksichtigung findet.